

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Kassel, Hesse.
Sonntag, 19. September 1921.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeindevorstandes Gröba.

Verlagsort: Dresden 1320
Grotzstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 219.

Montag, 19. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; getraubener und tabellarischer Satz 10%, Kuffchlag, Radweilungs- und Veranschaulichungsgebühren 20 Pf. Jede Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen wird. Zahlungs- und Bestimmungsort: Riesa. Diezeitungliche Anzeigengebühren, „Zähler an der Uhr“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bauer & Winteritz, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhm, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittler, Riesa.

Lebensmittelversorgung der Binnenschiffer.

Die zur Zeit gültigen Lebensmittelkarten für Binnenschiffer verlieren mit Ablauf dieses Monats ihre Gültigkeit. Neue Lebensmittelkarten werden nicht mehr ausgeben, da nur noch die Befeuerung der Binnenschiffer mit Brot und Mehl sichergestellt ist. Dagegen bleiben die über die Ausgabe des besonderen Binnenschiffer-Ausweises geltenden Vorschriften in Kraft. Dieser Ausweis ist zur Gewährleistung der Versorgung der Binnenschiffer mit Brot und Mehl berechtigt zu benutzen, daß diese Versorgung durch diejenigen Kommunalverbände sichergestellt bleibt, deren Bezirk die Schiffer auf ihrer Fahrt berühren. Die Ausgabe von Nachweises ist künftig gleich der Ausgabe von Brotmarken auf dem Binnenschiffer-Ausweis zu vermerken. Die bisherigen Ausgabestellen der Binnenschiffer-Lebensmittelkarten haben den Binnenschiffern eine Bescheinigung zu erteilen, aus der die zu verbrauchende Menge Mehl hervorgeht. Diese Bescheinigung ist mit Datum und Unterschrift des ausstellenden Beamten sowie mit dem Dienststempel zu versehen. Die Binnenschiffer haben diese Bescheinigung bei der Entnahme des Mehls an die Mehlhändler abzugeben. Großenhain, am 15. September 1921.
478 a III. Der Kommunalverband.

Das vom Bezirksverband Großenhain herausgegebene Notkleingeld (10 und 50 Pfennige)

ist vom 1. Oktober d. J. an als Zahlungsmittel nicht mehr gültig. Die Bezirkskasse der Amtshauptmannschaft Großenhain löst dieses Geld jedoch bis 31. Dezember 1921 zum Nennwerte ein. Großenhain, am 16. September 1921.
743 a A. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Kartoffelversorgung in Gröba.

Diesemigen Einwohner der Gemeinde Gröba, die ihre Kartoffeln vom Mitterguts Metzdorf beziehen wollen, werden aufgefordert, Bestellungen vom 22. bis 24. September 1921 im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, zu bewirken. Der Preis der Kartoffeln ist noch nicht endgültig festgesetzt. Die Bezahlung der Kartoffeln soll in der Regel sofort bei der Lieferung erfolgen, doch wird die Mittergutskasse in Fällen besonderen Bedürfnisses gegen entsprechende Sicherung Ratenzahlungen einräumen. Gröba (Elbe), am 15. September 1921.
Der Gemeindevorstand.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. September 1921.

Die Aussperrung in der Dresdner Metallindustrie. Wolffs Sächsischer Landesdienst meldet vom Sonnabend: Der Metallarbeiterverband richtete Freitag abend an die Arbeitgeberorganisationen ein Schreiben, woraus hervorgeht, daß die Arbeiter nicht in der Lage seien, den Streikbeschluss aufzugeben, sofern nicht wesentliche Zugaben bewilligt werden. Infolgedessen tritt die angeordnete Aussperrung in der Dresdner Metallindustrie heute (Sonnabend) mittags in Kraft. In der Kreisbauhauptmannschaft Dresden werden von der Aussperrung außer den 20000 bereits streikenden noch 40000 weitere Arbeiter, insgesamt also gegen 60000 Mann, betroffen.

Eine Geschäftsstelle der Riesauer Bank in Gröba. Wir hören, daß die Riesauer Bank demnächst in Gröba eine Geschäftsstelle eröffnet. Diese soll vorläufig in erzielten Räumen (Grundstück des Conditorbesitzer Heilmann, Riesauer Straße 10), später aber in dem eigenen Bankhaus untergebracht werden, welcher Ecke der Riesauer und Schulstraße zur Ausführung gelangt.

Schaufurnen. Anlässlich der Feier des 61. Stiftungstages sammelten sich gestern nachmittags die Turner und Turnerinnen des Turnvereins Riesa im „Wettiner Hof“ zum Umzug nach dem Turnplatz an der Goethestraße, wofür sich alsbald feierliches turnerisches Zeremonie entfaltete. Nach einem schneidigen Aufmarsch wurden zunächst von annähernd hundert in schmucker weißer Kleidung angetretenen Turnern und Turnerinnen nach dem Takte der Musik allgemeine Freiübungen vorgeführt, die, vom 1. Turnwart, Herrn Oberlehrer Vink, zusammengeführt und geleitet, vorzüglich gelang. Strafe Haltung und ununterbrochene Ordnung bewiesen, daß im Verein strenge turnerische Disziplin herrscht. Den Freiübungen folgte das Turnen an den Geräten. In mehreren Reihen, eingeteilt nach Alter und turnerischer Fähigkeit, wurde am Reck, am Barren, am Pferd, am Hoch wacker gearbeitet. All das Gebotene legte Zeugnis ab von der Vielseitigkeit unseres deutschen Turnens. Nach einer Sondervorführung der Turnerinnen, Gemeinshaftsausübungen mit Langhantel, beehrte die seit etwa Jahresfrist bestehende Spiel- und Sportabteilung des Vereins den Platz. Es wurden gespielt: Kugelstoßen, Diskuswerfen, Hoch- und Weisfänger, Laufen und dergl. Auch auf diesem Gebiete wurde manch schöne Leistung erzielt. Den Schluß des Schaufurnens, das durch herrliches Herbstwetter begünstigt war, bildeten die im Turntrieb unvermeidlichen Spiele, die sowohl den zahlreichen Zuschauern als auch den Beteiligten eine willkommene Abwechslung boten und allenthalben ungewundene Heiterkeit auslösten. Während des Turnens wurde von Mitgliedern der Kapelle des Herrn Obermusikmeister a. D. Otto Unterhaltungsmusik gespielt. Am Abend vereinigten sich die Turner und Turnerinnen mit ihren Angehörigen im Stern-Saal zu einem fröhlichen Festbank.

Der Plan einer Verschmelzung Sachsens und Thüringens. Die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei teilt folgendes mit: Auf Grund einer Aeußerung in einer Thüringer Wahlversammlung, monach der Plan bestände, Sachsen und Thüringen zu einer Einheit gegen Bayern zu verschmelzen, hatte eine Zeitungskorespondenz bei der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei angefragt, wie die Regierung zu diesem Plane stehe. Daraufhin hat am 14. September Ministerpräsident und folgende Auskunft erteilt: „Die Regierung hat mit dieser Frage sich zu beschäftigen bisher noch keinen Anlaß gehabt. Meine Politik ging von jeder dahin und geht auch jetzt noch dahin, alles zu tun, um die Einheitlichkeit des Reiches zu erhalten. Die Verschmelzung aller Teile des Reiches zu einem Ganzen muß die vornehmste Aufgabe aller Regierungen sein. Welche Mittel und Wege dabei zu beschreiten sind, überläßt einzig und allein Artikel 18 der Reichsverfassung vor.“ — Weiter hat die Presse diese persönliche Auskunft des Ministerpräsidenten nicht in dieser Form übernommen. Die von ihr statt dessen verbreitete Fassung könnte den Anschein erwecken, als sei die sächsische Regierung bereits gegen einen ihr noch gar nicht bekannten Plan einer Verschmelzung aufgetreten. Am weitesten Mitteilungen vorzubringen, wird deshalb die Auskunft nochmals im Wortlaut mitgeteilt.

Neue Massenveranstaltungen des Obersächsischen Hilfswerkes. Das Obersächsische Hilfswerk ruft nun auch die Jugend auf den Plan, damit sie helfen kann, die oberländische Not zu lindern. In der Zeit vom 25. September bis 2. Oktober veranstaltet es im ganzen Reich eine „Jugendwoche“. Alle Jugendverbände haben sich bereitwillig in den Dienst der guten Sache gestellt und werden durch Sammlungen, Wohltätigkeitsveranstaltungen usw. die Not der Obersächsischen Hilfswerke zu lindern versuchen. Zu gleicher Zeit findet in ganz Deutschland ein Teichfest statt. In Berlin und Brandenburg sind die Vorbereitungen zu einer einheitlichen Durchführung der Teichfesten so gut wie beendet und es ist zu erwarten, daß auch im übrigen Reich die Teichfesten zu gleicher Zeit abgehalten werden können. Die wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes hängt mit dem Schicksal der Teichfesten zu eng zusammen, als daß es noch eines Wortes bedürfte, um die Bedeutung der Jugendwoche und der Teichfesten für das Obersächsische Hilfswerk gebührend zu kennzeichnen. Ueber neue große Spenden für das Obersächsische Hilfswerk wird berichtet: Die Reichsgewerkschaft der Post und Telegraphenbeamten hat dem Obersächsische Hilfswerk in diesen Tagen den Betrag von 20000 Mark überwiesen. Zur Unterstützung der Not in Obersachsen stiftete Katarina-Kompagnie Theodor Reichardt, Wandarbeiter, 300 Rentner-Bücherholer. Diese hochherzige Spende besteht aus 667 Kartons à 300 Büchern und beträgt das Bruttogewicht 110000 Kilo. In der letzten Zeit sind die Spenden für das Obersächsische Hilfswerk wieder sehr reichlich eingegangen. Abgesehen von den 100000 Mark, die der Magistrat Berlin dem Obersächsische Hilfswerk zur Verfügung gestellt hat, überbeite die Stadt Rönitz 75000 Mark, der Verein der deutschen Post-Interessenten Berlin 53000 Mark, die Firma Anheim u. Co., Sommergarten Ludwigs Bohn, die Allgem. Post-Telegraphenbahngesellschaft Berlin, die Firma Votag u. Häfner, H.-G., Frankfurt a. M., die Stadt Moers, der Kreisaußerschiff Breslau, die Kohlenhandelsgesellschaft Berlin je 10000 Mark.

Kultusminister Reichner teilt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes mit: In der Presse werden Kommentare verbreitet über eine von mir am Donnerstag abend in Weiden gehalten Rede. Diese Kommentare stützen sich auf einen Bericht von 23 Seiten, während die Rede 1 1/2 Stunden dauerte, und wurden in der Hauptsache veranlaßt durch die Behauptung, ich hätte am Schluß des Vortrages dazu aufgefordert, den hiesigen Staat zu zerschmettern. Diese Behauptung ist unannehmlich. Ich habe diese Neuerung nicht getan. Im übrigen kann der kurze Bericht nicht im entferntesten Anspruch auf eine nur einigermaßen genaue und sinnvolle Wiedergabe meiner Rede machen.

Dresden. Auf den Einspruch der Handelskammer gegen die beabsichtigte Aufhebung des Botanischen Gartens in Dresden hat das Finanzministerium jetzt mitgeteilt, daß niemals beabsichtigt gewesen sei, den Botanischen Garten ganz eingehen zu lassen, es werde nur erwogen, ob durch eine Verlegung dieses Gartens und seine Verbindung mit anderen staatlichen Anlagen (Vergleichsgeräten in Altona) eine Verbilligung herbeigeführt werden könne. Die Prüfung der Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Stollberg. Der sozialdemokratische Schuldirektor Böcher wurde als Stadtschulrat in Magdeburg gewählt. Oberlungwitz. Hier gelangt am 1. Oktober die kommunale Totenbestattung zur Einführung, deren Kosten (etwa 100000 Mark jährlich) durch eine besondere Steuer aufgebracht werden sollen. Saupersdorf. In Saupersdorf wurde der achtzehnjährige alte Sohn des Gutbesitzers Gismann durch Schred getötet. Der junge Mann stand mit einem Kohlengefährt auf der Straße, als ein Auto heranbrauste. Das Pferd machte Miene, durchzugehen. Gismann, der herzkranke war, erregte sich darüber dermaßen, daß er bei der Wettersfahrt zusammenbrach und zwei Tage darnach verstarb. Wittweida. Seit Sonnabend früh befinden sich sämtliche Arbeiter der Weidenwälderischen Papierfabriken in Wittweida-Dreierwerden und Antonthal, sowie der gleichen Weidenwälderischen Fabriken in Kriebitzsch und Kriebitzsch wegen Tarifstreitigkeiten im Streik. Derselbe soll sich über ganz Sachsen erstrecken. Leipzig. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ erklärt, ist die Jungmannschaft des Bundes der Kaisertruppen in Leipzig auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August heute vollständig verboten worden. Die Mitglieder des Bundes sollten Uniform getragen haben und in Kompagnien eingeteilt gewesen sein, auch soll die Jungmannschaft Geländebungen veranstaltet haben, die militärischen Charakter trugen.

Leipzig. Die Wiederwahl der beiden Stadträte Dr. Ing. h. c. Bähring und Dr. Werfel in Leipzig hat nunmehr auch das Ministerium des Innern beschlossen. Die beiden Stadträte, die nach § 86 der Reichsverfassung bei ihrer Wiederwahl als auf Lebenszeit gewählt gelten müssen, haben feierlich einen Neuwahl unterzeichnet, nach dem sie sich einstimmig damit einverstanden erklärten, nur auf sechs Jahre wiedergewählt zu sein. Die Kreisbauhauptmannschaft Leipzig hat gegen diese Wahl Stellung genommen und behauptet, daß die Wahl der beiden Stadträte unter Verletzung bzw. unter Umgehung der bestehenden Gesetze erfolgt sei. Die Wahl sei als auf Lebenszeit erfolgt anzusehen. Daraufhin stimmten die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 25. Mai einem Nachtrag zum Ortsstatut für die Stadt Leipzig zu, der die Wiederwahl von beidseitigen Stadträten auf Zeit vorbestimmt und erachtet den Rat, in Gemeinschaft mit dem Stadtverordneten-Kollegium den erforderlichen Dispens des Ministeriums des Innern einzuholen. Das Ministerium des Innern hat diesen Dispens versagt. Solange nicht für die Wiederwahl der beiden Stadträte Dr. Bähring und Dr. Werfel auf eine beschränkte Frist besondere Gründe geltend gemacht werden, könne auch für diese Einzelfälle eine Ausnahme von § 86 der Reichsverfassung nicht in Aussicht gestellt werden.

Deutsches Reich. Todesstrafe für Schieber verlangt. Die Spitzenorganisation des deutschen Getreidehandels, der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands, hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er es für notwendig und zweckmäßig bezogelt, wenn auf die unbefugte Ausfuhr von Getreide, Kartoffeln und ähnlichen wichtigen Lebensmitteln die Todesstrafe gesetzt würde. Der Verband ersucht die Reichsregierung, dem Reichsrat und Reichstag eine entsprechende Gesetzesvorlage zugehen zu lassen. Zu dieser Maximalforderung läßt sich sagen, daß etwas weniger weit mehr bedeutet hätte. Immerhin ist es erfreulich, daß sich der Verband nicht mit der Zurückweisung der Berichte von Getreideverleumdungen ins Ausland begnügt, sondern auch seine praktische Mitarbeit bei der Bekämpfung solcher Schieberungen zugesagt, die er als nichtswürdige Verbrechen bezogelt.

Frank Philipp zu Sulzbach ist gestern in Liebenberg (Mark), 75 Jahre alt, gestorben. Der neue Ministerpräsident. Von den Parteien wurde mit 236 gegen 145 Stimmen der Vorschlag des Reichstages, Reichspräsidenten zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Marschall Wittobst hat darauf Wittobst mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

England. Die Zahl der Arbeitslosen. Nach den amtlichen Listen betrug die Zahl der Arbeitslosen am 9. September im gesamten Königreich 1502000, was eine Verminderung um 25400 gegen die vorhergehende Woche bedeutet. In dieser Zahl sind die Personen nicht einbezogen, die bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten.

Marokko. Die spanische Offensive. Amlich wird aus Madrid gemeldet, daß die Spanier in Marokko ihre Offensive wieder aufgenommen haben. Nach intensiver Artillerievorbereitung begann der Vormarsch auf Rabat. Die Mauren leisteten erbitterten Widerstand und gingen nur Schritt für Schritt zurück. Es gelang schließlich Rabat zu besetzen. Die Mauren haben sehr ernste Verluste. Die spanischen Verluste werden als leicht bezogelt. Den Spaniern sind große Mengen Waffen und Kriegsmaterial in die Hand gefallen. Die Mauren haben sich in die Berge zurückgezogen und zahlreiche spanische Gefangene zurückgelassen.

Amerika. Verkauf eines Zeppelin-Luftschiffes. Die Luftschiffahrtskommission hat den Präsidenten Harding gebeten, wenn möglich in Deutschland über den Verkauf eines Luftschiffes vom Zeppelin Typ zu verhandeln.

Bundestag der sächsischen Staatsbeamten. In Dresden wurde am Sonnabend der 8. Bundestag des Bundes sächsischer Staatsbeamten in Gegenwart von 119 Beamtenvertretern eröffnet. Der Tagung wohnten Ministerpräsident Bud und die Minister Wipinski, Beckisch und der Justizminister bei. Inspektor Rodhardt, der Bundesvorsitzende, betonte in seiner Ansprache, daß die Beamtenchaft freiwillig den Eid auf die republikanisch-demokratische Verfassung geleistet habe und diese gegen alle ungeschicklichen Angriffe, wofür auch immer, zu schützen wissen würde. Die Neugestaltung der Staatsverwaltungsdirektion verlange Befreiung jedes Verwaltungsbediensteten, jeder Bevormundungsmaßnahme, jeder Behinderungsmaßnahme in der Tätigkeit, die Reform des Beamtenrechts und damit Hand in Hand auch ein Beamtengesetz. Darauf gab Ministerpräsident Bud seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Bestreben des Bundesvorsitzenden zur Demokratie viel zur Ausklärung beitragen wird.